



Preis-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder

Nr. 7

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis 5 Mark pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1, Fernspr.: Nordf. 9246.

Hamburg, den 12. Februar 1921

Anzeigen kosten die sechsgepaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 2 Mark
(Der Betrag ist stets vorher einzusenden.)
Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

35. Jahrg.

Die Gewerkschaften des Baugewerbes für Arbeitsbeschaffung, gegen Wohnungsnot und Baustoffwucher.

Die immer stärker in die Erscheinung tretende Wohnungsnot, der Stillstand der Bautätigkeit und die damit im Zusammenhang stehende erschreckende Zunahme der Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern aller Berufe führten die beteiligten Gewerkschaftsvorstände am 1. Februar zu einer Konferenz in Berlin zusammen. Unser Malergewerbe ist an der herrschenden Krise auch noch vor allem wegen des Mangels an Reparaturarbeiten in bewohnten Häusern am meisten beteiligt; deshalb haben gerade wir die unternommene Aktion besonders begrüßt. Vertreten waren der Deutsche Bauarbeiterverband, die Verbände der Zimmerer, Maler, Töpfer, Dachbeder, Maschinisten und Geizer, Steinarbeiter, christlicher Bauarbeiter, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Bund der technischen Angestellten und Beamten, Deutscher Polierbund, Verband sozialer Baubetriebe, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Außer andern wichtigen Beschlüssen zur Frage der Baustoffbewirtschaftung, der Förderung der Betriebskontrollen und des Ausbaues der Sozialen Baubetriebe wurde folgende Resolution an den Reichstag und die Reichsregierung gerichtet:

Die am 1. Februar dieses Jahres im Gewerkschaftshaus zur Beratung über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit versammelten baugewerblichen Gewerkschaften richten an den Reichstag das bringende Ersuchen, ein Gesetz zur Förderung des Wohnungsbaues unverzüglich zu verabschieden, das die Reichsregierung ermächtigt, den Ländern vorzuschreiben 1,5 Milliarden Mark gegen spätere Verrechnung zur sofortigen Einleitung der Bautätigkeit zur Verfügung zu stellen, und das den Ländern und Gemeinden die Möglichkeit offen läßt, Mittel zur Deckung der verlorenen Baufostenzuschüsse in gleicher Höhe bereitzustellen.

Fernerhin ersuchen wir den Reichstag:

1. Die Reichsregierung zu verpflichten, durchgreifende Maßnahmen zur Bekämpfung des Baustoffwuchers auf dem Verordnungswege zu treffen und zu diesem Zweck vorbehaltlich späterer Dedung Mittel bis zum Betrage von 500 Millionen Mark zu bewilligen.

2. Der Reichsregierung Mittel im Betrage bis zu 800 Millionen Mark zur Unterstützung wirtschaftlicher Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, die geeignet sind, den Bau von Wohnungen zu verbilligen und zu beschleunigen.

3. Die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Finanzierung des Wohnungsbaues auf eine dauernd gesicherte Grundlage stellt.

4. Die Reichsregierung zu ersuchen, auf die Länder dahin einzuwirken, daß die verlorenen Baufostenzuschüsse in erster Linie dem Bau von Wohnungen im Flachbau mit Gärten für die minderbemittelte Bevölkerung zugeführt werden.

5. Die Reichsregierung zu ersuchen, unter Ausschaltung des bürokratischen Instanzenweges für schleunigste Durchführung des diesjährigen Bauprogramms Sorge zu tragen.

6. Die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Ueberführung des gesamten Bau- und Wohnungswesens in die Gemeinwirtschaft vorsieht.

Begründung: Die Wohnungsnot und die Arbeitslosigkeit haben in Deutschland eine Höhe erreicht, die die Grenze des Erträglichen übersteigt. Die Verantwortung für diesen, das deutsche Volk schwer bedrückenden Zustand trägt die Reichsregierung, die es beräumt hat, durchgreifende Maßnahmen gegen die Wohnungsnot und die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zu treffen. Die baugewerblichen Gewerkschaften haben diesen Zustand kommen sehen und in wiederholten Entschuldigungen die Reichsregierung und den Reichstag zur Bekämpfung der Wohnungsnot gebrängt. Wenn die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches, der Länder und der Städte sich nicht zu einer entscheidenden Tat aufraffen, dann erklären sich die Gewerkschaften außerstande, ihre Gefolgschaft in den Dienst einer geordneten Wirtschaft zu stellen und müssen die Verantwortung für den Zusammenbruch der gesamten Bauwirtschaft der Reichsregierung und den hinter ihr stehenden politischen Parteien überlassen. Wir sind der Ansicht, daß die Bereitstellung der Mittel auch nicht mehr um eine Woche verzögert werden darf.

Das deutsche Volk wartet nun schon seit Jahren auf entscheidende Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Zu diesen Maßnahmen haben sich weder die Reichsregierung noch die Länder und Gemeinden bisher aufraffen können, obgleich sie wußten, daß das Privatkapital, wie vor dem Kriege, den Wohnungsbau aus eigener Kraft nicht finanzieren kann. Auch der von der Reichsregierung vorgelegte Entwurf einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues kann als hinreichende Maßnahme zur durchgreifenden Bekämpfung der Wohnungsnot nicht betrachtet werden, weil er nur ein einjähriges Provisorium erstrebt und die zukünftige Finanzierung der Neubautätigkeit völlig im unklaren läßt.

Wir verlangen daher, daß die Reichsregierung dem Reichstag umgehend einen Gesetzentwurf vorlegt, der die Finanzierung des Wohnungsbaues auf eine dauernd gesicherte Grundlage stellt. Der Mangel eines fest fundierten, langfristigen Bauprogramms hat dem deutschen Volk bereits unzählige Millionen gekostet. Die periodische, kurzzeitige Belebung der Bautätigkeit gleicht dem Anblasen eines Hochens auf höchstens 8 Monate. Sie bedingt einen höchst unwirtschaftlichen Leerlauf in dem Produktionsprozeß. Die Baustoffherstellungsbetriebe konnten sich auf einen geregelten Absatz nicht einstellen. Ihre Produktion wurde darum von dem Grundbesitz beherrscht: „Kleiner Umsatz, hoher Nutzen.“ Der Baustoffwucher fand in dem unsicheren Absatz bei beschränkter Produktion den günstigsten Nährboden. Die Unsicherheit in der Finanzierung der Bauten ließ auch eine rationelle Ausnutzung der Produktionsmittel im Baugewerbe nicht zu. Die Folge war, daß das Bauunternehmertum sich durch unangemessene Aufschläge auf die Geschäftskosten für den Mangel an Beschäftigung schadlos hielt. Verlangt doch das organisierte Unternehmertum heute einen Aufschlag von 60 und mehr Prozent auf die Löhne als angemessene Abgeltung der Geschäftskosten. Dieser Satz würde jede neu erstellte Wohnung bei den heutigen Preisen mit 10. bis 15.000 M. belassen. Die mangelhafte Organisation der Bautätigkeit hat in den Kreisen der baugewerblichen Hand- und Kopfarbeiter eine Arbeitslosigkeit erzeugt, die die Allgemeinheit direkt und indirekt schwer belastet. Eine Arbeitsfreudigkeit, die eine gesteigerte Arbeitsleistung nach sich ziehen würde, kann im Baugewerbe nicht erreicht werden, so lange das Gespenst der Arbeitslosigkeit den schaffenden Bauarbeiter immer wieder von neuem bedroht. Wir verlangen daher, daß die Reichsregierung schleunigst Maßnahmen einleitet, um eine geordnete Baubedarfswirtschaft zu schaffen. Wir wollen die Reichsregierung nicht im unklaren darüber lassen, daß eine geordnete Baubedarfswirtschaft die Ueberführung des gesamten Bau- und Wohnungswesens in die Gemeinwirtschaft voraussetzt. Wir verlangen daher, daß die Reichsregierung dem Reichstage schleunigst einen dahingehenden Gesetzentwurf vorlegt.

Fernerhin verlangen wir, daß die Reichsregierung verpflichtet wird, den die bisherige Bautätigkeit so schwer belastenden und hemmenden bürokratischen Instanzenweg zu vereinfachen. Wir verlangen, daß für die Durchführung des Wohnungsbauprogramms nur eine Reichsstelle verantwortlich gemacht wird.

Fernerhin verlangen wir, daß die Reichsregierung zur Bekämpfung des Baustoffwuchers verpflichtet wird und daß ihr zu diesem Zweck hinreichende Mittel zur Organisation gemeinwirtschaftlich tätiger Baustoffbeschaffungsstellen zur Verfügung gestellt werden. Die in dem letzten Jahre unaufhaltsam vorgeschrittene Schindlierung und Kartellierung der Baustoffherstellungsbetriebe stellt eine ungeheure Gefahr für die preiswerte Durchführung des Wohnungsbaues dar. Die Reichsregierung hat die Verpflichtung, die von der Allgemeinheit aufgebracht Mittel zum Wohnungsbau vor der Auswucherung des Privatkapitals zu schützen. Wir können uns diesen Schutz nur wirksam denken, wenn die am Wohnungswesen interessierten gemeinnützigen Organe Mittel an die Hand bekommen, die es ihnen ermöglichen, den Einkauf von Baustoffen von langer Hand vorzubereiten und durch Abschluß günstiger Lieferungsverträge so preiswert wie nur möglich auf den Baupreis zu bringen.

Fernerhin verlangen wir, daß der Reichsregierung hinreichende Mittel zur Unterstützung wirtschaftlicher Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden, die geeignet sind, den Bau von Wohnungen zu verbilligen und zu beschleunigen. Wir denken hierbei insbesondere an die Organisation von Betrieben, die es sich zur Aufgabe stellen, kostensparende Ersatzbauteile zu fördern, die Baumaterial für den Wohnungsbau in den beschäftigungsarmen Jahreszeiten auf Vorrat zu stellen, die durch die Beteiligung der baugewerblichen Hand- und Kopfarbeiter im Produktionsprozeß Arbeitsleistungen erstreben und die es sich zur Aufgabe stellen, in dem Bauproduktionsprozeß arbeitskraftersparende Gerüste und Geräte einzuführen.

Wir erwarten von dem Reichstage und der Reichsregierung, daß sie sich der Tragweite ihrer Beschlüsse be-

wußt bleiben. In ihrer Hand liegt heute das Schicksal unzähliger Wohnungsloser und eines Heeres arbeitsloser baugewerblicher Hand- und Kopfarbeiter, die es satt haben, von Versprechungen zu leben. Das Volk will Taten sehen!

Ueber die vorläufige Förderung des Wohnungsbaues stand am 8. Februar im Reichstag ein Antrag zur Beratung, nach dem die Länder verpflichtet werden, zur Förderung des Wohnungsbaues in den Jahren 1921 und 1922 mindestens einen Betrag von 80 M. pro Kopf aufzuwenden, und die weitere Verpflichtung eingehen, zur Deckung der aufzuwendenden Beträge bis längstens 1940 eine Abgabe von den Nutzungsberechtigten solcher Gebäude zu erheben, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind. Die Gemeinden haben zu den von den Ländern zu erhebenden Abgaben Zuschüsse zu erheben, deren Grundsätze durch die Länder getroffen werden, insofern sie nicht bis zum 1. Mai 1921 durch Reichsgesetz geregelt sind. Bis zum Erlaß eines derartigen Gesetzes stellt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates allgemeine Grundsätze über die Förderung des Wohnungsbaues mit den auf Grund dieses Gesetzes zur Verfügung stehenden Mitteln auf.

Die Vorlage ist ein Notgesetz, um die Frühjahrsbautätigkeit noch ausnutzen zu können. Sie wurde in zweiter und gleich darauf in dritter Lesung angenommen.

Für ein deutsches Oberschlesien!

Von den Gewerkschaften aller Richtungen in Oberschlesien ist uns folgender Aufruf zugegangen:

„Kollegen! Wir stehen vor dem Endkampf um die Zugehörigkeit Oberschlesiens. Die unterzeichneten Gewerkschaften zweifeln nicht an dem Sieg der Kultur und des Fortschritts. Oberschlesien wird deutsch stimmen. Dafür werden die organisierten Arbeiter und Angestellten sorgen. Aber der Friedensvertrag gibt der Entente das Recht, ohne Rücksicht auf das Ergebnis der Abstimmung, die Grenze festzulegen. Darum muß die Mehrheit für Deutschland eine überwältigende werden, so gewaltig, daß die Entente es nicht wagt, auch nur den kleinsten Teil von Oberschlesien abzutrennen.“

Arbeiter, Angestellte im Reich! Auch um Eure Interessen geht es. Jeder Verlust im ober-schlesischen Industriegebiet ist ein Verlust für Euch. Unsere Industrie ist mit Eurer Existenz so eng verwachsen, daß eines ohne das andere nicht leben kann. Ein deutsches Oberschlesien liefert Euch die Rohstoffe für Eure Arbeit. Ein deutsches Oberschlesien bedeutet für Euch Arbeit und Verdienst, Brot und Kleidung für Eure Frauen und Kinder. Ein polnisches Oberschlesien verstopft die Rohstoffquellen und bringt für Euch Arbeitslosigkeit, Not und Elend für Eure Familien.

Zeigt also Eure Solidarität! Werbt für Oberschlesien. Kein Abstimmungsberechtigter im Reich darf zu Hause bleiben, wenn er nicht unsere gemeinsame Sache verraten will. Kollegen, sorgt dafür, daß jeder seine Pflicht erfüllt. Belehrt die Unwissenden, mahnt die Säumigen, unterstützt uns mit allen zu Gebote stehenden Mitteln.

Einer für alle, alle für einen!
Auf zum Kampf für Recht und Kultur!

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat durch seine bisherige Tätigkeit bewiesen, daß er sich von allen nationalistischen Treibereien fernhält. Auch für den polnischen Arbeiter ist er schon mit Wort und Tat eingetreten. Es kann ihm aber nicht gleichgültig sein, ob Oberschlesien an Polen abgetreten werden muß oder nicht. Unter polnischer Regierung wären die Erzeugnisse der ober-schlesischen Industrie nicht nur für Deutschland verloren, sondern die ober-schlesische Industrie selber müßte unfehlbar dem Ruin entgegengehen. Darum fordern wir die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften auf, im Sinne dieses Aufrufes zu wirken.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Unsere Berliner Filiale erwähnt gleichfalls alle in Oberschlesien abstimmungsberechtigten Maler, Lackierer und Anstreicher, ihrer Abstimmungspflicht nachzukommen. Sie teilt mit, daß der Arbeitgeberverband im Malergewerbe beschlossen hat, den nach Oberschlesien fahrenden Abstimmenden den vollen Lohnausfall für die zur Abstimmung notwendige Zeit zu vergüten.

Menschengröße.

Ein sittliches Leben kann nur sein, wenn auch die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse sittlich sind. Eine gesunde Wirtschaftsordnung ist damit die Voraussetzung zur sittlichen Kultur. Vor die Verhältnisse allein genügen auch nicht. Wir sollen und nicht gehen und treiben lassen und immer nur den niederen Trieben leben, nur weil die neue Ordnung schon von selber die neue Sittlichkeit bringen wird. Wir sollen uns selbst händigen, und in die neue Gemeinschaftsordnung hineingreifen. Und das zeigt uns, daß Selbsterziehung nur dann von Zukunftswert ist, wenn sie das Selbst zum Selbst als Glied einer Gemeinschaft erzieht.

Es gibt gerade heute in der Zeit materiellen Genießens gar viele, die, von der Niedrigkeit des heutigen Lebensinhalts der meisten angewidert, um so stärker ihr innerliches Ich zu bereichern und zu vervollkommen suchen. Sie sprechen von der Bewingung der Leidenschaften, von der Selbstzucht und dergleichen mehr, doch ist diese Erziehungsarbeit nur unbedeutend, wenn sie sich nur auf dieses kleine ureigene Ich erstreckt.

Das ist die Selbsterziehung in ihrem reichsten Entwicklungswerte, die erzieht zum Gemeinschaftsgefühle, die das Ich immer mehr bildet zum Einsfühlen, zum solidarisches Gemeinschaftssein. Wer sich innerlich zum Bruder bildet, der überwindet leicht alle Niedrigkeiten des selbstischen Ich. Wer im Menschen die Schwester sieht und den Bruder, der hat in sich alles wahre Große, wahres Menschensein, der hat Seelenadel, Unselbgenügsamkeit und Verständnis. Je mehr der Mensch sich als Bruder fühlt, um so mehr vergrößert er sein niedriges Selbst, um so mehr blüht in ihm die wahre Menschengröße. Und so ist der proletarische Kampf, je tiefer man ihn erlebt, um so mehr der beste Erzieher zu edelstem Menschentum.

Aus unserm Beruf.

Hildesheim. (Jahresbericht.) Wenn unsere Filiale gegenüber 1914 am Jahreschluß 1920 einen guten Fortschritt aufweist, so entspricht unsere Lage doch nicht dem notwendigen Wirtschaftsverhältnis. Wenn dieses nicht erreicht wurde, ist es nicht die Schuld der Filialleitung, sondern der schlechten Konjunktur unseres Berufes, andererseits auch des lauen Verhaltens unserer Kollegen. Die Lohnbewegungen, die im Jahre 1920 durchgeführt wurden, hielten sich bis zum Juni genannten Jahres im Einklang mit den notwendigen Lebensbedürfnissen. In der ersten britischen Bewegung am 31. Januar 1920 wurde nichts erreicht. Die zentralen Verhandlungen folgten bald: so stieg der Stundenlohn von 2,26 auf 2,28 M. am 15. Februar 1920. Bei den örtlichen Verhandlungen am 24. März 1920 betreffs Durchführung des Reichstarifs erzielten wir ab 26. März 2,85 M. Es gelang uns auch, daß für Abbejarbeiten 20 % die Stunde mehr gezahlt werden müssen. Da das Baugewerbe seine Lohnbewegung mit 1,25 M. die Stunde Feuerungszulage abschloß, traten auch wir in örtliche Verhandlungen ein und erzielten 1 M. Zulage ab 28. April 1920, mithin 4,85 M. Bei den zentralen Verhandlungen am 31. April und 1. Mai 1920 erreichte unser Hauptvorstand eine weitere Zulage von 35 % ab 15. Mai 1920. Unsere Arbeitgeber lehnten dieses ab. Da im Ortsrat keine Einigung zustande kam, wurde ein Schiedsgericht eingesetzt,

das entschied: Der Lohn ist ab 1. Juni 1920 mit 5,20 M. bis zum 25. Juni zu zahlen. Das Haupttarifamt entschied am 25. Juni 1920, für Hildesheim den Lohn von 5,20 M. weiterzuführen, trotzdem die Arbeitgeber sich nicht scheuten, Tarifbruch zu begehen und einen Lohn von 4,85 M. zahlten. Die Situation der Filialleitung war in dem Augenblick eine schwere. Obwohl ein Teil unserer Kollegen zur Arbeitsniederlegung drängte, wurde doch von der Filialleitung erkannt, daß wir den Arbeitgebern einen Gefallen täten, wenn wir gestreikt hätten. Unsererseits wurde sofort der Schlichtungsausschuß angerufen, der entschied, daß der Lohn von 5,20 M. weitergezahlt ist, worauf auch das Baugewerbe am selbigen Tage 45 % erzielte, somit 5,25 M. die Stunde. Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten, den Schiedsbericht anzunehmen, jedoch die Arbeitgeberversammlung lehnte ihn ab mit der Begründung, das Haupttarifamt solle nochmals entscheiden. Der Schiedsbericht sah mit rückwirkender Kraft vom 28. Juni 1920 einen Stundenlohn von 5,20 M. vor, auch mußten die Arbeitgeber im Ortsrat ihre Vertreter niederlegen. Wir verließen dann am 1. Oktober 1920, in weitere Verhandlungen einzutreten, die mit der Erklärung der Arbeitgeber endeten, nur das zu zahlen, was das Haupttarifamt entscheidet. Dieses veranlaßte uns, die Forderungen beim Hauptvorstand einzureichen. Die Berichte lehrten uns, mit welchen Schwierigkeiten der Hauptvorstand zu kämpfen hatte. Da keine Einigung zustande kam, mußte ein Schiedsgericht am 28. Dezember 1920 entscheiden, der für uns ab 15. Januar 1921 eine Erhöhung von 60 % vorlieht, somit 5,80 M. zu zahlen sind. Bei der Verhandlung am 12. Januar 1921 erklärten die Arbeitgeber, dieses zur Durchführung zu bringen. Unsererseits wurde nicht verfehlt, ihnen zu erklären, daß wir auf neue zurückgelegt bleiben, indem ein Hilfsarbeiter 5,88 M., ein Steinträger 5,93 M. und ein gelernter Arbeiter im Baubetrieb 6,01 M. verdiene. Unsere Kollegen haben es sich zum Ziel gesetzt, wenn es augenblicklich auch nicht möglich ist, bei 48 arbeitslosen Kollegen mit dem Baugewerbe gleichaufzehen, es doch bei günstiger Zeit zur Durchführung zu bringen. Die Zahlstelle Braunschweig richtete am 28. Februar 1920 an uns die Aufforderung, für die Kollegen, die bei Arbeitgebern in Braunschweig, Lüneburg und Falkenberg in Arbeit stehen, den Lohn von 2,20 M. auf 2,45 M. zu erhöhen, da dieser Lohn auf dem Schacht gezahlt würde. Die Verhandlungen wurden unsererseits sofort aufgenommen und der geforderte Lohn durchgeführt. Jedoch der Arbeitgeber aus Lüneburg glaubte, wir spielten mit ihm, und er äußerte unsern Kollegen gegenüber, daß er den Lohn nicht zahle; der Verband löste ihn. . . . Darauf gingen wir zum Angriff über und holten in einer Stunde alle 7 Kollegen aus der Arbeitsstelle heraus. Nun brauchte der Herr doch den Verband; er kam und bat um Verhandlungen, die damit endeten, daß er sich bereit erklärte, die Streikenden sowie die Unkosten unserer Filiale und 3,65 M. Stundenlohn zu zahlen. Die Massenverhältnisse der Filiale gestalten sich günstig, wenn man die vielen Arbeitslosen in Betracht zieht. Der Filiallohnbestand betrug im 4. Quartal 1919 1119,04 M., im 4. Quartal 1920 4138,86 M., somit vermehrte sich der Massenbestand um 3712,82 M. Der Mitgliederbestand betrug im 4. Quartal 1919 188 Kollegen, im 1. Quartal 1920 182, im 2. Quartal 174, im 3. Quartal 178 und im 4. Quartal 188. Die Fachabteilung des städtischen Arbeitsnachweises wurde von 4 Arbeitgebern umgangen, die durch das Ortsratamt zur Bestrafung gebracht wurden. Wie überall, so wurde auch hier der Generalstreik im März zur Durchführung gebracht. Da es hier am Orte leider zum Blutvergießen durch die Gosaerischen Jäger kam, wo auch wir unsern Kollegen Konrad Krahnberg verloren, dauerte der Streik 2 Tage länger, um zu erreichen, daß dieses Bataillon verlegt wurde. Extrazuschüsse wurden im Jahre in 9 Fällen gezahlt: 8 aus der Filiale, 8 aus der Amerikafunde, die den Kollegen eine besondere Weihnachtszulage bereiteten. Aus dem Vorstand schieden die Kollegen Kres und Heine mit der Begründung, daß die jüngeren Kollegen sich in die Leitung einarbeiten sollen, um immer geeignete Kräfte zu haben. Ihnen muß an dieser Stelle der Dank der Filiale zuteil werden für das, was sie in jahrelanger Arbeit in unserer Filiale geleistet haben. Wir jungen Kollegen wollen alle Kräfte zusammennehmen zum Besten

unserer Organisation und Kollegen, die uns d. i. c. Postenamt vertraut haben.

Leipzig. (Jahresbericht.) Das Jahr 1920 ist für die Filiale Leipzig wohl eines der schmerzhaftesten gewesen. Die anhaltende Arbeitslosigkeit, verursacht durch das völlige Daniederliegen des Baugewerbes, hat die Lage unserer Berufskollegen zu einer nahezu trostlosen gestaltet. Wenn wir am Schluß des Jahres 1919 die Hoffnung hegten, daß 1920 eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt eintreten würde, so sehen wir uns in dieser Hoffnung vollständig getäuscht. Der Prozentfuß der arbeitslosen Baumeister schwankte dauernd zwischen 18 und 25 % und überstieg somit die Arbeitslosenquote der übrigen Berufsstände um ein Mehrfaches. Wie sich die Lage der Kollegen dauernd verschlechtert hat, geht aus folgenden Zahlen hervor:

Arbeitslose	Offene Stellen	Arbeitslose	Offene Stellen
Januar..... 574	128	Juli..... 878	114
Februar..... 616	278	August..... 466	185
März..... 620	160	September... 448	207
April..... 496	280	Oktober..... 392	196
Mai..... 411	200	November.... 487	118
Juni..... 474	199	Dezember.... 582	85

Wenn andererseits festgestellt werden muß, daß am 31. Oktober 1920 in Leipzig 7225 wohnungssuchende Familien vorhanden waren, so beweist dieser tiefertragende Zustand, daß die Sozialisierung des Baugewerbes zu den notwendigsten Aufgaben der gesetzgebenden Körperschaften gehört muß. Der im März durch die Rechtsputzschiffen unter Kappps Führung verursachte Umsturz hat für die Leipziger Gewerkschaften und insbesondere für unsere Organisation die übelsten Folgen gezeitigt. Nicht nur das Schicksal in eine friedlich demonstrierende Menge und die dabei gebliebenen Blutopfer genügten diesen reaktionären Hebeln, auch das Heim der Leipziger Gewerkschaften, das Volkshaus, als vermeintlicher Herd des Widerstandes gegen die reaktionären Pläne der Kapppisten, fiel zum Opfer. Am 19. März, nachdem unser Heim „geistert“ war, schlugen plötzlich aus allen Etagen zu gleicher Zeit die Flammen und vernichteten alles, was in jahrzehntelanger, mühevoller Arbeit zusammengetragen war und ein Stück Kulturgeschichte bedeutete. Unser gesamtes Inventar mit wertvoller Fachbibliothek wurde ein Raub der Flammen. Doch nicht lange standen wir trauernd vor den Resten unseres Werkes. Mutig wurde zugegriffen und erneut das alte Werk aufgebaut. Wenn wir am Jahreschluß feststellen konnten, daß nicht nur der Mitgliederbestand keine Einbuße erlitten hat, sondern die finanziellen Verhältnisse der Filiale sich gehoben haben, so ist dieses ein Zeichen, daß die modernen Gewerkschaften unüberwindlich sind, wenn die Mitglieder mit Zähigkeit und Energie ihre Interessen zu vertreten wissen und einig sind. Am Schluß des Jahres 1919 waren es 1815 Mitglieder und am Jahreschluß 1920 waren es 1885. Dabei ist zu berücksichtigen, daß am 1. Juli die Zahlstelle Leipzig mit 190 Mitgliedern eine selbständige Filiale wurde. Bleibt man in Betracht, daß 487 Kollegen für den Verband neu gewonnen wurden, so müßte die Mitgliederziffer eine bedeutend höhere sein; aber der dauernde Arbeitsmangel machte es einem Teil der Kollegen unmöglich, seinen Verpflichtungen nachzukommen, ein anderer Teil versuchte, in andern Berufen Unterkunft zu finden, und ging uns dadurch verloren. Am 1. Juli traten 110 Mitglieder des Neuen Zentralverbandes (Schindlialisten) zu uns über; nachdem die Einigungsverhandlungen für den Uebertritt zu einem beiderseitigen befriedigenden Ergebnis geführt hatten. Damit war dem Bruderkrieg, der seit 1911 geführt worden war, ein Ende bereitet. Wir sind nunmehr in der Lage, den Machtgelüsten der Arbeitgeber eine geschlossene Kollegenschaft gegenüberzustellen, zum Nutzen für die Gesamtkollegenschaft. Daß es bei den geschiedenen Verhältnissen nicht leicht geworden ist, gleichen Schritt mit andern Arbeitern bei den Tarifbewegungen zu halten, ist wohl erklärlich. Der für das Reich abgeschlossene Reichs-

Die Geheimnisse der Kohle.

III.

Die Zahl der von den Farbenfabriken benutzten Farbstoffe, aus denen die Farbstoffkörper gemacht werden, die wir kurz als Farben benennen, zählt nach vielen Hunderten; die Zahl der Möglichkeiten aber ist unbegrenzt — nur weiße Farbstoffe dürfen wir schwerlich erwarten.

Ein Irrtum wäre es, wenn man annehmen wollte, diese Farbstoffe seien hauptsächlich für das Maler- und Lackierergewerbe bestimmt; diese brauchen nur Bruchteile davon. Das meiste wird von Farberzeugern und namentlich auch vom graphischen Gewerbe — Buch-, Stein- und Kunstdruck aller Art — benutzt. Ebenso wäre es irrig, zu glauben, daß die Reihe der Farberzeugnisse mit diesen Farben abgeschlossen sei. Viele andere dienen photographischen Zwecken, als Entwickler usw., und die Heilunde entnimmt dem schwarzen stinkenden Teer eine Legion von säurewidrigen, fieberhemmenden und ähnlichen Mitteln. Die Salicylsäure, das Thymol, unser Kriegserfaher für Zucker, das Saccharin, das Salvarsan und viele andere sind ja allbekannt. Ebenso werden alle künstlichen Wohlgerüche, Parfümparfüm usw. aus Teerprodukten erstelt usw. Wir aber können uns bei diesen nicht aufhalten, sondern müssen uns nach jenen, schon eingangs erwähnten Stoffen umsehen, die neben den Farben unser Interesse nachrufen, den Erzeugern für Firnis, Lack und Terpentinöl. Es muß hierbei auch besonders betont werden, daß insbesondere bei den Lacken und Firnisfarben aus Teerprodukten noch alles im Fluss ist; diese Technik ist noch viel zu neu, als daß man von ihr schon endgültige Ergebnisse erwarten könnte. Das hat sich deutlich gezeigt bei den beiden Preisausstellungen, die während des Krieges der Reichsausstellung für Lacke und Firnisse erlassen hatte und in denen ein brauchbarer Firnisfarbstoff verlangt wurde. Beide Ausschreibungen blieben ergebnislos, insofern wenigstens, als keines der eingelaufenen Mittel einer Prämierung für wert erachtet wurde. Die dabei gemachten Erfahrungen und Beobachtungen dürften allerdings für die betreffenden Industrieen nicht ohne Nutzen geblieben sein.

Das Problem ist eben schwer zu lösen. In sämtlichen Teerprodukten ist kein Stoff gegeben, der für sich oder auch in Verbindung mit andern jene Eigenschaften aufweist, die den trocknenden Oelen eigentümlich sind; namentlich sind alle Teeröle nichttrocknender Natur und können auch nicht durch trocknende Mittel beeinflusst werden. Was als Firnisfarbstoff angeboten wird, das sind dementsprechend auch keine Oele, sondern Lösungen von Farzen oder harzartigen Teerprodukten, sogenannten Kunstharzen, in Benzol und andern, ähnlichen Teerdestillaten. Diese Kunstharze zerfallen in 2 Gruppen, die Kumaronharze und die Phenol-formaldehydharze. Die Kumaronharze, aus Solventnaphtha hergestellt, sind sehr verschieden, teils harzig-fest, teils weich, selbst flüssig; auch die aus ihnen bereiteten Firnisfarbstoffe haben die Eigenart, weich zu bleiben und leicht zu reifen. Die Phenolharze sind härter und werden mehr für Lacke, namentlich auch für die neuen Schellackfarbstoffe, verwertet; Mattierungen, Polituren usw. werden daraus mit bestem Erfolg hergestellt, aus den milder harten Sorten auch Schmiermittel, Ritze (mit Kreide usw.) und andere Sachen.

Allen Firnisfarbstoffen, die aus diesen Kunstharzen (auch aus dem Teerpech sogar) bereitet sind, leiden gemeinsam an dem Uebelstande, daß sie trotz anfänglicher schneller Trocknung und selbst Hartwendens beim Ueberstreichen sich wieder erweichen, oft sogar wieder ganz auflösen. Dienen zum Ueberstreich gute Oele oder guter Lack, so geht diese Erweichung oft so weit, daß die ganze Schicht überhaupt weich, schmierig oder klebrig bleibt. Damit ist natürlich der ganze Anstrich zwecklos geworden. Man kann auch nicht Firnisfarbstoffe dieser Art durch Zusatz von Leinöl oder Lack guter Beschaffenheit verbessern, man würde dadurch nur das gute Material nutzlos vergeuden. Neben dem Uebelstand tritt sehr oft noch eine zweite böartige Erscheinung auf: der Ertrag „schlägt durch“, das heißt er macht nachträglich aufgebrauchte Anstriche gelb- und braunfleckig; das ist natürlich bei hellen Zonen am stärksten zu bemerken. Alle diese Unannehmlichkeiten hat der praktische Maler in den letzten Jahren ja oft genug beobachten können. Wenn es der Sachindustrie gelingt, diesen hinderlichen Erscheinungen abzuhelfen, dann wäre damit Großes gewonnen.

Die Terpentinölfarbstoffe sind im großen Ganzen besser zu gebrauchen. Benzol allein ist schon zu vielen Arbeiten ebenso gut zu gebrauchen wie echtes Terpentinöl; in Amerika wurde es schon vor 10 und mehr Jahren fast ausschließlich als Verdünnungsmittel gebraucht. Nicht immer aber bekommt man gutes Benzol, und was insbesondere während des Krieges alles als „Terpentinöl“ geliefert worden ist, das war gar nicht zu bestimmen; nur das eine war zu erkennen, daß der Teer das Ausgangsmaterial war. Oft genug erinnerte selbst die Farbe mehr an Teer oder Karbolinum als an lazes Terpentinöl, und der Geruch war nicht selten so scharf, daß einem beim Arbeiten damit der Atem versagte. Manche enthielten sogar giftige Bestandteile; im „Vereins-Anzeiger“ ist ja mehrmals von Fällen berichtet worden, in denen bedenkliche Erkrankungen auf die Verwendung der überaus leicht flüchtigen Verdünnungsmittel entstanden waren.

Ein einheitlicher Ertrag für Terpentinöl ist auch bis jetzt noch nicht geschaffen worden; es scheint, daß jede Fabrik das Material nimmt, das ihr gerade zur Hand ist. Was das aber auch sei — von Teer, von der Steinkohle stammt es sicher, mindestens in 95 von 100 Fällen. Ob sich das schon genannte Tetralin einbürgern wird, das läßt sich erst beurteilen, wenn Beobachtungen praktischer Fachleute darüber bekannt werden. Einstweilen heißt es abwarten.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß nach neuesten Mitteilungen noch weitere Lösungsmittel geschaffen worden sind, die geeignet sein sollen, in der Herstellung der Spirituslase und der Zaponlase die bisherigen, schwer zu beschaffenden Lösungsmittel (Alkohol und Amylacetat usw.) ganz oder doch teilweise zu ersetzen. Cetylal, Cetylal, Propylal, Propylal und ähnliche Namen führen diese Stoffe, die von der gleichen Firma angekündigt werden, die Tetralin herstellt. Jedenfalls ist in der Ausbeutung der Steinkohlenschätze die Entwicklung noch keineswegs am Ende ihres Laufes angelangt, und wer weiß, ob wir es nicht noch erleben, daß das phantastische Ziel mancher Chemiker — die synthetische Herstellung von Eiweiß usw. — zur Tatsache wird. Die Fortsetzung ruht nicht.

tariff konnte erst vom 15. Mai an durchgeführt werden, da die Arbeitgeber Leipzigs keiner Arbeitgeberkorporation angehörten und die geschiederten Verhältnisse benutzten, um im trüben Fisch zu fischen. Erst eine Reihe Bewegungen in den Werkstätten, wo Arbeit vorhanden war, veranlaßte die Arbeitgeber, nachzugeben und den Reichstarif durchzuführen. Der Lohn, der Ende 1919 noch 2,80 M betrug und in der Zwischenzeit auf 4 M gestiegen war, wurde dadurch am 15. Mai auf 5 M und seit 1. Juni auf 5,80 M erhöht. Die im Reichstarif niedergelegte 5 Kilometergrenze wurde auf 4 Kilometer reduziert, auch sonst sind einige kleine Verbesserungen in bezug auf Lohnzuschläge erzielt. In der Wagenaubauindustrie wurden für die Badlerer gemeinsam mit den übrigen dort beschäftigten Berufsgruppen 3 Lohnbewegungen durchgeführt. Die im Frühjahr 1920 gewesenen Abschlüsse eines neuen Tarifes, aufgestellten Forderungen der Gehilfen wurden von den Fahrzeugindustriellen glatt abgelehnt; dafür wurde mit allem Nachdruck auf die Einführung von Akkord hingewirkt. Ein vom 8. bis 15. Mai dauernder Streik führte zu einem vollen Erfolg für die Arbeiterschaft. Ebenso mußten die Badlerer in den Betriebwerkstätten der Leipziger Straßenbahnen durch einen vom 8. bis 17. September dauernden Streik ihren gerechten Forderungen Geltung verschaffen. An dem Zustand der Gesamtarbeiterschaft der Allgemeinen Transportanlagengesellschaft waren 11 unserer Mitglieder beteiligt. In der Metallindustrie wurde trotz der ungünstigen Konjunktur ein vom 6. März bis 30. April dauernder Streik geführt, da die Arbeitgeber entgegen früheren tariflichen Abmachungen handelten und jedes Entgegenkommen vermissen ließen, um eine glückliche Regelung herbeizuführen. Die Bewegung endete mit einem Teilerfolg für die Streikenden. Weiter waren unsere Mitglieder an einer ganzen Reihe Streiks anderer Berufsgruppen beteiligt, wo sie vorübergehend in andere Arbeit getreten waren. Am 6. Dezember traten etwa 50 % der Leipziger Metallarbeiter in den Streik. 102 in dieser Industrie beschäftigte Badlerer wurden dadurch in Mittelböhmen beschäftigt. Diese Bewegung war am Jahresfluß noch nicht beendet. Die Zahlstellen wurden, soweit es im Berichtsjahre möglich war, weiter ausgebaut und neue Tarife abgeschlossen. Dabei ist es ebenso wie im Berichtsjahre selbst nicht ohne Reibung abgegangen. In Ostbayern mußten die Kollegen einen sehr mühsamen Kampf führen, bis die Bewegung durch Schlichtung beendet wurde. In den Zahlstellen schwankt der Lohn zwischen 8,55 und 5 M. Die Konjunktur war in den meisten Zahlstellen ungünstig, lediglich im Bornaer Kohlenrevier waren die Kollegen voll beschäftigt. Dieser Umstand hat auch bewirkt, daß dort die höchsten Löhne gezahlt werden. Der Mitgliederbestand in den Zahlstellen ist stabil geblieben, teilweise sind die Kollegen in ihnen bis zu 100 % organisiert. Die im April abgehaltene Filialkonferenz, die sich mit der Erhöhung der Beiträge und sonstigen wichtigen organisatorischen Fragen beschäftigte, war einmütig in ihren Entscheidungen. Die vom Hauptvorstand vorgeschlagene Beitragserhöhung wurde einstimmig angenommen. In der Zahlstelle Silesburg ging man sogar über diesen Beschluß hinaus, indem man einen Extrabeitrag von 50 S wöchentlich erhob. Die Ausführung sämtlicher kommunalen Bauarbeiten, mit Einschluß der Malerarbeiten, in städtischer Regie bewirkte, daß die Malerinnung in mehreren Protestversammlungen sich mit dieser Frage beschäftigte. Dabei wurde nicht nur der Verband als Förderer der Regiarbeit angegriffen, es wurden auch durch Zeitungsaufsätze die größten Unwahrheiten über uns und die Regiarbeit verbreitet, die uns veranlaßten, in breiter Öffentlichkeit die Dinge klarzustellen und den Herren ihre Unwahrheiten nachzuweisen. Bestrebt, unsern jungen Nachwuchs mit allen Mitteln zu fördern, haben wir nichts unterlassen, um unsere Lehrlingssektion zu stärken. 11 Versammlungen mit belehrenden Vorträgen sowie ein Lichtbildervortrag dienten diesem Zweck. Die Führung des Arbeitsnachweises durch den Verband hat auch im Berichtsjahre erheblichen Nutzen für uns gehabt. Wir möchten aber bei dieser Gelegenheit die Mahnung an die Kollegen richten, in Zukunft durch Befolgung der Vorschriften des Reglements dem Arbeitsnachweisführenden seine Aufgaben zu erleichtern. Durch Anstellung zweier Hausaufwarte aus Arbeiterkreisen wurde endlich den jahrelangen Forderungen der Bauarbeiterkommission Rechnung getragen. Das Ortsratsamt trat in einem Falle zusammen, um über Tarifbruch des Malermeisters Kopf zu verhandeln. Er wurde verurteilt, seinen in Meuselwitz beschäftigten Gehilfen Leipziger Lohn und Fahrgehalt zu zahlen. Vor dem Schlichtungsausschuß wurden in 32 Fällen die Kollegen vertreten, ebenso in 11 Fällen vor dem Gewerbegericht. In allen diesen Klagefällen zeigte sich, daß die Arbeitgeber die neue Zeit noch nicht begriffen haben; denn die Entlassung der Betriebsräte respektive der Betriebsobmänner bildeten einen Hauptbestandteil aller Klagen. Die Kassenverhältnisse der Filiale haben sich im Berichtsjahre weiterhin gut entwickelt. Einer Gesamteinnahme von 258 671,67 M steht eine Gesamtausgabe von 213 231,06 M gegenüber. An Unterstützungen wurden ausgezahlt: Für Streits 47 921, M, Arbeitslojenunterstützung 28 573 M, für Krankenunterstützung 7865 M und für Sterbegeld 855 M. Insgesamt an Unterstützungen 85 214 M. Der Bestand der Filialkasse betrug am Schlusse des Jahres 1919 7890,29 M und am Schlusse des Jahres 1920 82 485,26 M. Die Verwaltungsaufgaben wurden in 44 Vorstandssitzungen vorbereitet. Außerdem fand eine Filialkonferenz, 6 Sitzungen des erweiterten Vorstandes gemeinsam mit den Betriebsräten und den Hausfassierern statt. In 10 Mitgliederberathungen wurden teils Vorträge belehrenden Inhalts gehalten; teils die Lohn- und Tariffragen behandelt. Außerdem war der Filialvorstand in 85 Werkstättenversammlungen vertreten. Die Regelung der Tariffragen machte es notwendig, daß die Zahlstellen 5mal aufgesucht wurden. Der Versammlungsbesuch war im allgemeinen ein besserer als im Vorjahre, genügt aber noch bei weitem nicht. So war das zweite Jahr nach Beendigung des Krieges ein Jahr der Not und Sorge für unsere Mitglieder. Schwere Wunden hat es uns geschlagen, und wenn trotzdem am Jahresfluß erhebliche Erfolge zu verzeichnen waren, so sind diese der selbstlosen Mitarbeit einer Reihe von Kollegen zu danken, die alle Kraft in

den Dienst der Organisation gestellt haben. Mit allen Mitteln arbeitet das Unternehmertum darauf hin, uns unsere Position streitig zu machen, und unsere ganze Kraft müssen wir anspannen, weitere Fortschritte nicht nur in bezug auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sondern auch, um weitere Fortschritte in der Sozialisierung des Bauwesens, das für uns zu einer dringenden Notwendigkeit geworden ist, zu machen. Ob dieses uns in der Folgezeit gelingen wird, hängt von der Geschlossenheit, Einigkeit und dem zielbewußten Arbeiten innerhalb der Gewerkschaft ab. An diesem großen Wert mitzuarbeiten, muß der Wille aller Kollegen sein. Fr. Braune.

Stettin. (Jahresbericht.) Mit Befriedigung können wir auf das Jahr 1920 zurückblicken. Waren auch im Anfang die Aussichten trübe, so ist es durch ständige andauernde Arbeit doch gelungen, den Stamm von Mitgliedern zusammenzuhalten. Das geistige Leben in der Filiale war trotz zeitweise schlechten Versammlungsbesuches äußerst reger. Dem Jahresbericht, in der Versammlung vom 17. Januar erarbeitet von Kollege Markt, entnehmen wir folgendes: In Versammlungen fanden statt 19 ordentliche und 3 außerordentliche. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 18 Sitzungen, die Vertrauensmänner traten 7mal zusammen. Außerordentliche Revisionen fanden 4 statt. An Vorträgen wurden 5 gehalten; gleich zu Beginn des Jahres beschäftigte sich die Filiale mit dem neuen Reichstarifvertrag nebst den örtlichen Bestimmungen. In 2 Sitzungen des Ortsratfamles wurde festgelegt, was örtlich zu regeln war, und können wir sagen, daß allgemein noch Wünsche herausgeholt werden konnte. Leider gelang es uns nicht, die Arbeitszeit in unserem Sinne zu regeln. Die Kollegen verlangten einen früheren Beginn und demgemäß auch einen früheren Arbeitschluß. Durch die Stimme des Unparteilichen wurde entschieden, daß es bei der alten Fassung bleiben soll, und zwar von morgens 8 Uhr bis 4 1/2 Uhr nachmittags mit einer halben Stunde Mittagspause. Die Durchführung des Tariff wurde auch der Lohnzulagen, die im Laufe des Jahres gewährt wurden, brachte keine Schwierigkeiten, trotzdem die Arbeitgeber am Orte Verhandlungen ablehnten und sich auf die zentralen Verhandlungen beriefen. Als Zahlstelle wurde neu gegründet Naugard; mit Schweißern wurde in Verbindung getreten. Eingegangen ist Pyritz. Der Verkehr mit den Zahlstellen war äußerst reger. Leider gelang es in Stargard infolge des eigenen Verhaltens der Kollegen nicht, annehmbare Löhne zu schaffen; im Gegenzug zu Wollnow, wo die Kollegen zeitweise den in Stettin gezahlten Lohn überschritten. Aufgabe des Vorstandes wird es sein, auch in den zurückgebliebenen Orten eine Änderung zu erzielen. Werden doch in den Kleinstädten Pommerns noch Löhne gezahlt, die alles andere als gut zu bezeichnen sind. An Mitgliedern verzeichnen wir 528 (darunter 13 Vorkämpfer), also ein kleiner Zuwachs gegenüber dem Vorjahre. Finanziell schnitten wir günstig ab. Gelang es doch, die Schuldenlast, hervorgerufen durch die Unterschlagung des früheren Kassierers, bei der Zentrale abzutragen. An Streiks waren unsere in den Fabrikbetrieben beschäftigten Kollegen mehrmals beteiligt. Der Filiale erstanden dadurch nennenswerte Ausgaben, mußten wir doch den Kollegen, da das neue Statut noch nicht in Kraft getreten war, 50 % Zuschuß zu der Streikunterstützung gewähren. Einen Teil der Summe erhielten wir durch Zahlung von Extrabeiträgen zurück. Die Jahresversammlung, die von 200 Kollegen besucht war, brachte bei der Neuwahl der Verwaltung folgendes Ergebnis: Wieder gewählt wurden als Vorsitzender Kollege Markt und als Kassierer Kollege Kietzbusch. Die Wahl der übrigen Mitglieder erfolgte in der Versammlung am 21. Januar. Wenn auch das vergangene Jahr nicht allen Kollegen das gebracht hat, was sie wünschten, so sollen sie sich vor Augen halten, daß wir alle trotz politischer Meinungsverschiedenheit das Beste für die Organisation wollen. In der heutigen Zeit ist die Einheitssront des Proletariats bringend notwendig, soll dem Ansturm der Reaktion standgehalten werden. In diesem Sinne wollen wir weiterarbeiten, ungeachtet aller Stürme, vorwärts trotz alledem.

Werbau. (Jahresbericht.) Die Filiale hat seit Kriegsende ein weiteres arbeitsreiches Jahr hinter sich. Der Mitgliederbestand erfuhr keine wesentliche Veränderung. Die finanziellen Verhältnisse der Filiale hingegen haben sich verschlechtert, was auf den vierzehntägigen Streik der Badlerer zurückzuführen ist. Im vergangenen Frühjahr haben sich auch die Maler vom Bauberuf getrennt, zu streiken; aber am zweiten Tage bereits, nach reiflicher Bewilligung der eingeworbenen Lohnforderung, wurde der Streik wieder beigelegt. Für Kollegen über 20 Jahre wurde ein Mindeststundenlohn von 5,50 M festgelegt. Bei der fortwährenden Steigerung aller Bedarfsartikel macht es sich wieder nötig, Schritte zu unternehmen, um die Lohnverhältnisse unserer Kollegen so auszugestalten, daß sie als menschenwürdig bezeichnet werden können. Gedacht muß noch werden an unsern langjährig organisierten Kollegen Paul Hempel, der bei den Märzunruhen bei Verga gefallen ist. Der Filialvorstand wurde für ihre Tätigkeit volles Vertrauen ausgesprochen und erfolgte die Wiederwahl aller Funktionäre einstimmig.

Lackierer.

Zur Lohnbewegung der Karosseriearbeiter in Berlin. Am 9. Januar kam es in den gesamten Karosseriebetrieben zum Ausstand. An dieser Bewegung sind die Metallarbeiter, Holzarbeiter, Sattler und Lackierer mit insgesamt 1500 Personen beteiligt. Die Arbeitnehmervertreter hatten am letzten Verhandlungstage alleseitig auf den Ernst der Situation hingewiesen und versucht, durch weitere Verminderung ihrer Forderung auch die Gegenseite noch bis zum Tage der Vollversammlung zu einem weiteren Zugeständnis zu bewegen, aber diese blieben hart. Von den Unternehmern wurde nun der Schlichtungsausschuß angerufen. Am 27. Januar fand die Verhandlung statt. Beide Parteien erklärten sich zur Verhandlung bereit, doch hier zeigten die Arbeitgeber, daß ihnen ein ernstlicher Wille zur Verständigung vollkommen fehlte. Vor allen Dingen erklärte ihr Syndikus, Herr Rasse, im Auftrag des Schutzverbandes, daß sie die am 7. Januar gemachten Zugeständnisse nicht mehr aufrechterhalten und nur den Tarifsatz vom 1. Juli 1920 zu zahlen gedekten. Man verlangte damit bedingungslos Wiederaufnahme der Arbeit. Auch die Unternehmerbeisitzer hielten die Forderungen der Arbeitnehmer

für übertrieben, und mit dem Argument, daß Tausende von Arbeitern in der Metallindustrie mit ihrem weit niedrigeren Verdienst leben und auskommen, glauben diese Herren die Forderungen der Karosseriearbeiter herabzusetzen. Hier mußte der energische Widerstand der Arbeitnehmervertreter einlehen. Durch weitere Umstände in der Beilegung des Schlichtungsausschusses waren die Verhandlungen resultatlos, der Vorsitzende mußte sie mit der Bemerkung ausheben, der Schlichtungsausschuß erklärt sich für unzulässig. Diesen Ausgang benutzte nun der Arbeitgeberverband Groß-Berliner Wagen- und Karosseriefabrikanten G. U., um sich als ehrlicher Vatter Karosseriearbeiter zu geben, und sich als ehrlicher Vatter an unsere Arbeiterschaft, daß jedem Streikenden durch die Post ins Haus geschickt wird, glauben sie ihr Verhalten zu rechtfertigen und den resultatlosen Ausgang der Verhandlungen den Arbeitnehmervertretern in die Schuhe zu schieben. Dabei vergessen sie, daß sie bedingungslos Wiederaufnahme der Arbeit verlangten. Unter diesen Umständen konnte auf eine ernstliche Verständigung nicht gerechnet werden. Und wie war der Schlichtungsausschuß auf Arbeitgeberseite zusammengesetzt? Nicht Arbeitgeber dieser Branche sahen da — nein, 2 Angestellte der Metallindustriellen sollten entscheiden, ob die Karosseriearbeiter eine Existenzberechtigung haben. Diese Vorgänge verschweigt man unsern Kollegen und heult über Sabotage des Willens zur Verständigung. Wenn von Verständigung gesprochen wird, setzt man ein Entgegenkommen von dieser Seite voraus, aber verlangt nicht demütige Unterwerfung der Arbeiter. Wozu geschieht nun diese Kraftaufwendung, welche durch Zufassung der Hundschreien nutzbar gemacht werden soll? Einzig und allein nur, um die geschlossene Front der Karosseriearbeiter zu zerstören, einige Schwache wankelmütig zu machen und dann die Groß wieder in die Betriebe zu zwingen. Kollegen! Laßt Euch nicht verblüffen! Seid Euch dessen bewußt, was Ihr Euren Vertretern mit auf den Verhandlungsweg gegeben habt! Wenn die Herren in ihrem Schreiben darauf hinweisen, daß mit einer Unterbrechung der Produktion das Wirtschaftsleben Deutschlands nicht in Gang gebracht werden kann, so waren wir es gerade, die am 7. Januar bei der letzten Verhandlung vor dem Streik nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht haben und vor dem Ausstand warnten, um die Erschütterung zu vermeiden. Aber unser Mahnruf fand keinen Anklang. Wägen die Karosseriefabrikanten an der Geschlossenheit der Arbeiter den Ernst der Sachlage erkennen und verstehen lernen, daß eine weitere Verklumpung derselben zu nichts Gutem führt und daß mit einem verklumpten Proletariat das Wirtschaftsleben Deutschlands nicht in Gang zu bringen ist. Kommt ihnen die Erkenntnis, dann kann ihrerseits die Entscheidung auch nicht schwer sein.

Eingefandt.

Wirtschaftliche Not — Unterstützungsfragen.

Wenn wir zurückblicken auf die letzten Wirtschaftsjahre mit ihren Preissteigerungen, ihren inneren wirtschaftlichen und politischen Kämpfen, den andauernd unsicheren Fragen der Lebenseristenz, so muß man sich wundern, daß in der arbeitenden Bevölkerung eine gewisse Duldsamkeit im allgemeinen noch vorhanden ist. — Der Bildungsgrad der organisierten Proleten hat dies zum Teil bewirkt; andererseits haben die gewerkschaftlichen Unterstützungsanstalten mitern in die allgemeine Not eingegriffen. Unsere Organisation ist von jeher bestrebt gewesen, zu erforschen, woran es den Kollegen mangelt; erfreulicherweise war es uns möglich, im allgemeinen die Löhne zu heben; aber die Arbeitsbeschaffung konnte nicht in dem Maße herbeigeführt werden, wie es notwendig wäre. Ebenso war es unmöglich, bei Lohnkämpfen in dem Grade mit geldlichen Mitteln helfend einzugreifen, wie es zur Sicherung des Zwecks angebracht sein würde. Die weiter steigende Not bei Arbeitslosigkeit und Lohnkämpfen verlangt deshalb naturgemäß eine bessere Ausgestaltung unserer Unterstützungsanstalten. Diese tranken zum größten Teil daran, daß die festgesetzten Sätze mit dem gestiegenen Geldwert nicht im Einklang stehen. Als wir seinerzeit zur Erhöhung der Beiträge und Unterstützungen übergingen, war noch ein einigermaßen erträgliches Verhältnis zwischen gezahlter Unterstützung und Naturalienwert, und zwischen Lohnentkommen und Beitragsleistung vorhanden. Dieses Verhältnis hat sich im Laufe der Zeit durch die stuppellose Preistreibe und Ausweidung der Dokumenten bedeutend zuungunsten der Notleidenden verschoben. Es muß also in erster Linie die Aufgabe des Verbandes sein, hier helfend einzugreifen. Bekanntlich müssen sich Unterstützungsleistungen und Beitragszahlungen die Wage halten; je niedriger die Beitragsleistung, desto geringer die Unterstützung. Die Zeiten sind vorüber, wo hauptsächlich wurde, die Gewerkschaften müssen nur reine Kampforganisationen sein; denn durch die angewandte gewerkschaftliche Fürsorge ist bewiesen, daß durch reine Kampfunterstützungen in der Jetztzeit die allgemeinen Menschheitsziele nicht erreicht werden können. Selbstverständlich müssen die Kampfunterstützungen an erster Stelle stehen und eine Höhe erreichen, die es jedem möglich machen, den aufgezwungenen Kampf auch durchzuhalten. Um das zu erreichen, muß aber die gesamte Kollegenschaft mittels erhöhter Beitragsleistungen dazu beitragen. Ueber die notwendige Höhe der Beiträge und die daraus sich ergebenden Unterstützungsätze will ich reichlich nichts vorschlagen, weil mir die finanziellen Unterlagen dazu fehlen; aber daß ein Stundenlohn als Gesamtleistung nicht zu hoch wäre, möchte ich ausdrücklich betonen. Ueber die Beitragshöhe und den Lohnverdienst in der Vorkriegszeit vergleicht, muß zu der Ueberzeugung kommen, daß mit der jetzigen Beitragszahlung höhere Gegenleistungen nicht zu erreichen sind, und wird einsehen, daß wir im geldlichen Verhältnis zu früher in der Beitragshöhe zurückgeblieben sind. Naturgemäß müssen auch alle Unterstützungsätze erhöht werden; aber im besondern sollte die Arbeitslosen- und Streikunterstützung angehoben werden. Die Not bei Arbeitslosigkeit zwingt manchen Kollegen, ein Tarifbrecher oder gar Arbeitswilliger bei Streik zu werden. Wenn wir auch sagen, daß das nicht eben; gemüß, aber besser ist, rechtzeitig Vorfrage zu treffen innerhalb des Verbandes. Die Streikunterstützung muß auf eine Höhe gebracht werden, daß jeder Kollege mit seiner Familie eine gewisse Zeit

durchhalten kann. Ebenso wäre es angebracht, diese Unter- stützungen von Woche zu Woche zu erhöhen; denn je länger ein Streik dauert, desto notwendiger werden Mittel ge- braucht. Notwendig wäre also, daß unsere Filialen und Jahrestellen sich mit dieser Frage mal beschäftigen, da unsere kommende Generalversammlung doch zu diesen Punkten Stellung nehmen muß.

Baugewerbliches.

Bauarbeiterzuschuß in Breslau. In der Zeit vom 1. August 1919 bis 31. Dezember 1920 wurden im Bereiche der Stadt 822 Baustellen und Verlässe 2044 mal kontrolliert, wobei sich 212 Beanstandungen folgender Art notwen- dig machten: Baubuden und Unterkunftsräume: keine vorhanden 6 mal, in mangelhaftem Zustande 4 mal, zu klein 8 mal, unsauber 19 mal, Heizmöglichkeit fehlte 12 mal, Material lagerte darin 5 mal, Fenster fehlten 7 mal, Sitzgelegenheit fehlte 6 mal, Tische fehlten 10 mal, Ruchboden fehlte 7 mal. Hygienische Einrichtung: Verbandskästen fehlten 88 mal, mangelhaft 2 mal. Un- fallverhütungsvorschriften fehlten 28 mal. Aborte: schlecht gereinigt waren 8 mal, mangelhaft 3 mal, kein Abort vorhanden 8 mal, ohne Dach 1 mal, ohne Müdenlehne 1 mal, Wischlein auf allen Neubauten. Bei Neu- und Umbauten: die Abdeckung fehlte ganz 7 mal, mangelhaft 7 mal, Schuttablänker an der Treppe 3 mal, Schutz- oder Fangerüst 17 mal, mangelhafte Fangerüste 5 mal, Schuttblänker für Dachbeder und Klempner 8 mal, Schuttablänker am Aufstieg 1 mal, mangelhafte Auf- stiegsvorrichtung 1 mal.

In den 212 Beanstandungen sind die Bemängelungen der Leitergerüste nicht mit eingerechnet; diese bringen allein die staltliche Zahl von über 200 auf. Zu Bruch- gängen und Verstrebungen werden zum größten Teil Ketten verwendet; obwohl dies die Bauordnung verbietet, glaubt ein Teil der Unternehmer, daß der Krieg diese Bestimmungen aufgehoben hat. Den großen Mängeln an Leitergerüsten ist eben schwer beizukommen, weil erstens ein Teil zu spät gemeldet wird, vielmals sind sie bereits be- seitigt, und zweitens befinden sich Baustellen und Leiter- gerüste in so großer Entfernung, daß dazu ein Kontrolleur nicht ausreicht. Grauenregend sind auch in vielen Fällen die Schuttdächer über den Bürgersteigen, die eher das Publikum gefährden als schützen. Hierzu kommen noch eine Anzahl Beanstandungen der beiden Kollegen, die nur ein Vierteljahr angestellt waren. Leider mußten sie wieder entlassen werden, weil sie ohne Zustimmung der Stabverord- neten eingestellt waren, obwohl auch noch für sie ein großes Arbeitsfeld vorlag. 22 schriftliche Aufforderungen und Ver- strafungen waren notwendig, um nur die säumigsten Unternehmer zur Abstellung der Mängel zu zwingen. Trotz der vielen Kontrollen sind bedauerlicherweise 6 Un- glücksfälle schwerer Art, darunter einer tödlich, vorgekom- men. Die vorgefundenen Mängel wurden entweder sofort oder aber bis zur nächsten Kontrolle abgestellt. Die vielen Mängel sind aber zum größten Teil der Nachlässigkeit der Kollegen selbst zuzuschreiben, die nur auf den Profit der Unternehmer bedacht sind, dabei ihr eigenes Wohl ganz vergessen. Auch an eine Meldung über Unglücksfälle oder Mängel an den Kontrollleur oder an die Bauarbeiter- schußkommission denkt niemand, so daß man erst auf Um- wegen von obengenannten Fällen etwas erfährt. Wir hoffen, daß sich in diesem Jahre die Verhältnisse in bezug auf Bauarbeiterzuschuß zum Wohle der gesamten Bauarbeiter bessern.

Gewerkschaftliches.

25 Jahre Verbandsdienst. Am 12. Februar sind 25 Jahre verfloßen, seit Genosse Fritz Paepow im Dienste der deutschen Bauarbeiter steht. Vorstand und Aus- schuß des damaligen Maurerverbandes beriefen ihn in die Redaktion des „Grundstein“. Bis zum Jahre 1908 war Paepow Redakteur, dann wurde er leitender Sekretär im Maurerverband. Nach der Verschmelzung des Maurer- und des Bauhilfsarbeiterverbandes, die ganz besonders von Fritz Paepow gefördert wurde, wurde er im Deutschen Bauarbeiterverband zunächst ebenfalls leitender Sekre- tär. Infolge der Erkrankung Bömelburgs fiel ihm aber bald die tatsächliche Leitung des Verbandes zu. Vom Bauarbeiterverbands- tag in Jena im Jahre 1913 wurde Paepow zum Vorsitzenden des Verbandes gewählt. Im gleichen Jahre wurde er als Vorsitzender an die Spitze der Bauarbeiter-Internationale gestellt. Paepow hat allezeit seine Kräfte sowohl für die deutschen Bauarbeiter als auch für die deutsche Arbeiterbewegung im besonderen eingesetzt. Wir entbieten ihm zu seinem 25jährigen Jubiläum die besten Glückwünsche in der Hoffnung, daß er noch recht lange zum Wohle der Bauarbeiter wirken möge.

Eine allgemeine Absperrung im Kölner Bau- gewerbe hatte das dortige Kartell baugewerblicher Arbeit- gebervereinigungen zum 19. Januar angedroht, wenn nicht bei der Baufirma Stöcker die Arbeit wieder aufgenommen würde. Die Bauarbeiter hatten solidarisch die Arbeit

niedergelegt, weil ihr Baubelegter, der Mitglied der Bauproduktivenoffenschaft „Grundstein“ ist, aus diesem Grunde entlassen worden war. Es handelte sich also um den grundsätzlichen Kampf der Unternehmer gegen die Bauproduktivenoffenschaft, gestützt auf den Rechtspruch des Schlichtungsausschusses. Durch das Ein- greifen des Oberbürgermeisters kam es am 18. Januar zu Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter- und Unternehmerverbände des Baugewerbes, die zu nachstehen- der Einigung führten:

Die Vertreter der Arbeitgeber erklären, daß die Mit- glieder der Bauproduktivenoffenschaft nicht anders be- handelt werden sollen wie auch die andern Arbeiter. Des- ferneren, daß, wenn die Arbeiten am 20. Januar an der Baustelle wieder aufgenommen würden, der Absperrungs- beschluß zurückgezogen wird. Der Vertreter der Firma Stöcker erklärte, daß diejenigen Arbeiter, die auf der Bau- stelle beschäftigt waren und am 20. Januar wieder die Ar- beit aufnehmen, eine Entschädigung von 200 M erhalten sollen. Die Vertreter der Gewerkschaften erklärten, sich für die Annahme der Vereinbarung einzusetzen. Ein besseres Propagandamittel für die Bauproduktiv- genossenschaften könnten die Bauunternehmer nicht liefern, als es geschah durch ihre allgemeine Kampfansage an sämt- liche Bauarbeiterorganisationen.

Aufruf für die Wahl von Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräten.

Der am 1. und 2. Februar 1921 in Berlin versammelte Beirat der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des All- gemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (A. D. G. B.) und des Allgemeinen freien Angestellten-Bundes (Afa-Bund) fordert die örtlichen Körperschaften der Betriebsräte und der Gewerkschaften Deutschlands auf, die bevorstehenden Wahlen zu den Betriebsvertretungen auf eine einheitliche Grundlage durchzuführen. Sämtliche Betriebsvertre- tungen, die zur Neuwahl stehen, sollen nach Möglichkeit an einem örtlich zu vereinbarenden Tage im Monat März neu gewählt werden. Die Agitation ist auf Grund der Forderungen der freien Gewerkschaften allenthalben aufzunehmen. Einheitliche Listen der freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten sind in jedem Betriebe von den Gewerkschaftskollegen auf- zustellen. Jeder Versuch, in den Reihen freiorganisierter Gewerkschaften noch engen Partigruppierungen mit ge- trennten Listen vorzugehen, muß zurückgemieden werden. Jedes Kompromiß mit Gewerkschaften, die nicht dem A. D. G. B. und dem Afa-Bund angehören, ist im Interesse der Einheit der Bewegung und unserer Kampfkraft gegen- über den Unternehmern unter allen Umständen aus- zuschließen. Die Betriebsräte der freien Ge- werkschaften der Arbeiter und Angestellten Deutschlands treten ein:

für die Durchführung der Sozialisierung des Kohlen- bergbaues gemäß den Forderungen der Spitzenorgani- sationen und des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands,

für die Kontrolle der Produktion und die restlose Zusammenfassung der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben gemäß den Beschlüssen des ersten Reichstages der Betriebsräte Deutschlands,

für die Durchführung des vollen Mitbestimmungs- rechts in allen Fragen der Wirtschaftsführung, wie sie durch Artikel 165 der Reichsverfassung gewährleistet, aber durch das Betriebsrätegesetz in seiner jetzigen Fassung nicht zugelassen worden ist, und

für die Ueberführung der kapitalistischen Profitwirt- schaft in die sozialistische Gesellschaft.

Freigewerkschaftliche Arbeiter und An- gestellte, Arbeiterräte, Angestelltenräte, Betriebsräte und Gewerkschaftskollegen!

Benutzt die nächsten Wochen dazu, die Kollegen in den Betrieben aufzuklären, sorgt dafür, daß alle Arbeiter und Angestellten, die ihren Klassenstandpunkt noch nicht er- kannt haben, restlos für die freien Gewerkschaften ge- wonnen werden.

erklärt durch Wahl von freigewerkschaftlichen Betriebs- räten Euren Willen, die Forderungen der freien Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften zur Durchführung zu brin- gen, gegen die kapitalistische Profitwirtschaft, für die sozialistische Gemeinwirtschaft!

Berlin, den 2. Februar 1921.

Der geschäftsführende Ausschuß der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des A. D. G. B. und des Afa-Bundes. Der Beirat des geschäftsführenden Ausschusses.

Verschiedenes.

Geld verdienen ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob Beschäftigungsloser, ob im Haupt- oder als Nebenberuf, der sich sofort meine Puchstabenpausen zur Anfertigung von Brillant-Glasplatt- materialien sowie auch zur Herstellung von Plakatmaterialien aller Art zu- senden läßt. Mit Hilfe meiner Puchstabenpausen kann jedermann sofort die saubersten Glas- und Plakatmaterialien herstellen. Besonders sehr wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplattmaterialien, die etwas ganz Neues und wirklich Wunderbares sind. Ganze Serie Puch- stabenpausen, bestehend aus 16 Doppelpaaren (jedes Paar 20 große und 20 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 5 ver- schiedenen Höhen von 1/4 bis 5/8 cm) sowie Zahlen, Zeichen und Ver- zierungen in 4 verschiedenen Höhen, nebst fertigem Kristallschild im Werte von allein 5,50 M., einem Bogen Goldfolien und einem Bogen Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanweisung. Preis der kom- pletten Serien nur 21 M. gegen Nachnahme. **Albin Huttmacher, Waler, Widen im Rheinland.**

jetzigen wirtschaftlichen Lage sich weite Kreise solche hoch- wertigen, aber entbehrlichen Gegenstände, nach denen sie Bedarf zu haben glauben, leisten dürfen. Während des Krieges sahen zwar erhebliche Teile der Bevölkerung von goldenen Eheringen ab, um das Gold der Reichsbank zu erhalten. Sie schafften sich Ersatz aus andern Metallen an. Seit Beendigung des Krieges habe aber dieser Brauch nachgelassen, wenn er nicht ganz verschwunden ist.

Literarisches.

„Soziale Bauwirtschaft“, Berlin W. 9, Linienstraße 20, Nr. 8 der vom Verband Sozialer Baubetriebe herausgegebenen Zeitschrift liegt vor. Sie ist für alle Vorstands-, Ausschüß- ratsmitglieder, Betriebsleiter unentbehrlich und muß deshalb im Interesse unserer Bestrebungen abonniert werden. Für Mitglieder der angeschlossenen Verbände tritt ein mäßiger Abonnementpreis ein.

„Unsere Haustiere“, vom Standpunkte ihrer wilden Verwandten für jung und alt geschrieben von Th. Zell. Preis broschiert 20 M., gebunden 26 M. Buchhandlung Vor- wärts, Berlin SW. 68. Schriften von dem bekannten Ge-lehrten bilden stets für jung und alt eine Quelle der Belehrung und Aufklärung. Auch in dem vorliegenden ausgezeich- neten Buch werden von Th. Zell viele ausgeworfene Fragen restlos beantwortet und so manches „Warum“ findet seine Begründung. Aber nicht nur darum geht es dem Verfasser, sondern er gibt dem Tierhalter wichtige und nützliche Rats- schläge, sei es über die naturgemäße Haltung der Haustiere, über zweckmäßige Fütterung usw. Ferner enthält das Buch über jedes Tier Besichtigungen und Besprechungen und behandelt auch im besonderen die Sprichwörter und Redensarten, die das besprochene Tier zum Gegenstand haben. Die vielfach ein- gestreuten Bilder veranschaulichen die Tiere in ihrer natür- lichsten Wesenart. Alles in allem ein wertvolles Buch von bleibendem Wert, das die Tierwelt in ihrem Tun und Treiben dem Herzen des Volkes und der Jugend näher bringt. Eben- falls ist es zu begrüßen, daß die Vorwärts-Buchhandlung sich die Herausgabe naturwissenschaftlicher und schätzenswerter Literatur angelegen sein läßt. Um den Bezug für weite Kreise zu erleichtern, wäre vielleicht die Herausgabe solch wertvoller Bücher in mehreren Heften in Erwägung zu ziehen.

Gebundene Jahrgänge der „Gewerkschaftlichen Fragezeitung“ vom Jahrgang 1920 werden vom All- gemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Berlin SO. 16, Engel- ufer 15, geliefert. Sie sind auf besserem Papier gedruckt. In jeder Gewerkschaftsfiliale muß eine gebundene „Frauen- zeitung“ vorhanden sein. Die Jahrgänge werden zum Selbst- kostenpreis abgegeben und kosten mit Originalband 10 M. Einbanddecken kosten 6,50 M. Inhaltsverzeichnis werden un- entgeltlich geliefert.

„Die preussischen Wahlgesehe“, eingeleitet und erläutert von Paul Gusch, Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 7,50 M. Die neuen Wahlgesehe haben wegen der be- vorstehenden Wahlen für jeden Wähler außerordentliche Be- deutung. Es ist notwendig, sie zu kennen. Deshalb entspricht das vorliegende Buch einem augenblicklich starken Bedürfnis.

Vereinstell.

Bericht der Hauptklasse für den Monat Januar.

Eingekandt haben: Kalen 144 M., Berlin 48 000, Weihen 1200, Cassel 6000, Cleve 600, Ebn 3000, Dessau 1100, Detmold 500, Dortmund 7000, Düren 411,95, Emden 1400, Flensburg 1000, Frankfurt 6000, Freiberg 1000, Fürstentum 87,50, Göttingen 600, Greifswald 100, Hagen 1000, Halber- stadt 1876,90, Halle 5000, Jauer 417,20, Karlsruhe 2400, Leipzig 2000, Sippstadt 500, Sörach 400, Lübeck 1000, Sueden- walde 500, Neunthronen 422,70, Neustrelitz 1078, Rauenitz 905,04, Rieitz 700, Deynhausen 1000, Rathenow 250, Rendsburg 1301,70, Stuttgart 3000, Ulm 600, Weiba 94, Weiden 200. **J. Reich, Kassierer.**

Sterbetafel.

Dortmund. Am 19. Januar starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser Mitglied August Rambocki im Alter von 54 Jahren.
Grünberg. Am 21. Januar starb unser Kollege Emil Urndt im Alter von 55 Jahren.
Rönigsberg i. Pr. Am 23. Januar starb unser Kollege Friedrich Spielmann, 40 Jahre alt, an Mittelohr- entzündung.
Ehre ihrem Andenken!

Die Woche vom 13. bis 19. Februar 1921 ist die 7. Beitragswoche.

Gemeinnützige Malereigenossenschaft, z. G. m. b. H., Anklam.

Samstag, den 20. Februar 1921, vorm. 9 Uhr, findet in unserem Kontor die erste diesjährige ordentliche Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht über das Geschäftsjahr 1920. 2. Ge- nehmigung der Bilanz und Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinns. 3. Verschiedenes. Die Bilanz liegt 8 Tage vorher im Kontor zur Einsicht der Mit- glieder aus. Der Vorstand: Fraisinger, Donatit, Neuy.

Leinölfirnis
garantiert rein
Alto 14 M. inkl. Barrel frei
Bahnhof Sora, netto Kasse.
Gustav Pöhlitz, Sora-R.

Wilhelm Walter
Dele, Lade, Seime
Billigste Bezugsquelle für
Maler und Kassierer.
Samsburg, Reichstraße 73.
Geschäftszeit von 8 bis 4 Uhr.

Geld verdienen ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob Beschäftigungsloser, ob im Haupt- oder als Nebenberuf, der sich sofort meine Puchstabenpausen zur Anfertigung von Brillant-Glasplatt- materialien sowie auch zur Herstellung von Plakatmaterialien aller Art zu- senden läßt. Mit Hilfe meiner Puchstabenpausen kann jedermann sofort die saubersten Glas- und Plakatmaterialien herstellen. Besonders sehr wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplattmaterialien, die etwas ganz Neues und wirklich Wunderbares sind. Ganze Serie Puch- stabenpausen, bestehend aus 16 Doppelpaaren (jedes Paar 20 große und 20 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 5 ver- schiedenen Höhen von 1/4 bis 5/8 cm) sowie Zahlen, Zeichen und Ver- zierungen in 4 verschiedenen Höhen, nebst fertigem Kristallschild im Werte von allein 5,50 M., einem Bogen Goldfolien und einem Bogen Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanweisung. Preis der kom- pletten Serien nur 21 M. gegen Nachnahme. **Albin Huttmacher, Waler, Widen im Rheinland.**

Emallewaiss
t. innen u. außen, 22 M. p. kg
Firnisersatz,
extrahell 10 M. p. kg
Probekannen von 2 1/2 u. 5 kg
Inhalt gegen Nachnahme.
Chemische Fabrik
Rud. Oehlke,
Berlin SO 101,
Lübberser Strasse 1,
Telephon: Moritzplatz 1709.

Die Zeit erfordert keine Werkzeuge, ich kann mit solchen dienen in Durch- ziehpfeifen, Zupfpfeifen, Strähnen- lupfern, Glöbblumenlupfern, Ge- webetupfern, verstellbar, Schwamm- rollen, auswechselbar, Stupfschild- gern für Delfarbe, grob und fein usw. Schaulouen hochmodern. Vor- lagen von Rosen und Blumen- frieren nebst einfachem Muster- buch nur bei Bedarf zur Ansicht. F. Hasler, Ehrenheim-Wiesbaden, Postkassent. Frankfurt a. M. 5037.
Nr. 5 des „Correspondenz- blatt“ liegt heute bei.